

„Zurückweichen des Staates führt immer zu Vertrauensverlust“

Tausende „Querdenker“ protestieren in Kassel gegen die Corona-Maßnahmen. Mehrere Politiker kritisieren gegenüber WELT außer dem Verhalten der Demonstranten auch das zurückhaltende Auftreten der Polizei.

Die Eskalationen bei den „Querdenker“-Demos in Kassel haben für breite politische Empörung gesorgt. Der CDU-Innenpolitiker Thorsten Frei kritisierte das Verhalten der Demonstranten, aber auch das zurückhaltende Auftreten der Polizei. „Wir erleben es nun zum wiederholten Male, dass Querdenker sich nicht an Auflagen halten und gezielt die Eskalation suchen. Der Staat darf nicht zurückweichen und die Polizei muss konsequent dagegen vorgehen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion WELT. „Deeskalation mag zwar in manchen konkreten Lagen sinnvoll sein. Ein Zurückweichen des Staates führt aber immer auch zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Rechtsstaat.“

Zur Demokratie gehöre die Demonstrationsfreiheit, doch Deutschland befinde sich inzwischen in einer dritten Welle und möglicherweise kurz vor einem dritten harten Lockdown, daher fehle ihm „persönlich jedes Verständnis für den Wanderzirkus, den die Querdenker in Deutschland veranstalten und mit dem andere gefährdet und in ihren Rechten eingeschränkt werden“, so Frei.

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese sagte: „Wer angesichts stark steigender Infektionszahlen und grassierender Mutationen meint, ohne Abstand und Maske sektiererisch auf die Straße zu gehen, handelt höchststrangig verantwortungslos. Die Demonstrierenden in Kassel gefährden sich und andere und handeln damit komplett unsolidarisch.“ Wer absichtlich Auflagen missachte und Einsatzkräfte attackiere, müsse mit „unser aller Widerspruch“ rechnen. Wiese forderte ein konsequentes Durchgreifen und Verfolgen von Straftaten. „Besonders das Personal im Gesundheitssystem arbeitet seit Wochen für eine Besserung der Lage. Ich erwarte gerade hier ein Mindestmaß an Solidarität und keine unfriedlichen Aufmärsche“, so Wiese.

Konstantin Kuhle, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, warf den gewalttätigen Demonstranten den Missbrauch von Grundrechten vor. „Wer bei Demonstrationen Polizisten angreift oder Journalisten an ihrer Arbeit hindert, missbraucht die Versammlungsfreiheit“, sagte Kuhle WELT. Grundrechte müssten auch während der Pandemie Bestand haben, deswegen würden Versammlungen mit Auflagen versehen. „Wenn dann, wie in Kassel, Regeln nicht eingehalten werden, weil Teilnehmer Abstände nicht einhalten, keine Masken tragen oder sich trotz Verbots an bestimmten Plätzen versammeln, muss die Polizei konsequent handeln und eine Versammlung umgehend beenden“, so Kuhle.

Thüringens Innenminister stellen sich Fragen

Nach mehreren Videos, die aggressive Einsätze Thüringer Polizisten in Kassel zeigen, kündigt Thüringens Innenminister Georg Maier Konsequenzen an. „Selbstverständlich wird der Einsatz kritisch nachbereitet. Auch mir stellen sich aufgrund der Bilder drängende Fragen. Ich werde nicht zögern, die Abgeordneten des Innenausschusses umfassend zu informieren“, schrrieb der SPD-Politiker auf Twitter (<https://twitter.com/GeorgMaier8/status/1373372515830104070>).

Das Video zeigt Thüringer Polizisten, wie sie bei einer Demonstration von Gegnern der Corona-Eindämmungsmaßnahmen in Kassel aggressiv und gewaltsam gegen eine Gegendemonstrantin mit Fahrrad vorgehen. Auch andere Videos machten die Runde, in denen Polizisten gewaltsam gegen Gegendemonstranten vorgehen, die den Demonstrationzug blockieren wollten.

Die Polizei Thüringen hatte ebenfalls auf Twitter reagiert (https://twitter.com/Polizei_Thuer/status/1373335649907048449): „Die aktuell auf Twitter kursierenden Videos, die Thüringer Beamte im Einsatz zeigen, haben wir zur Kenntnis genommen.“ Die Videos wie auch eigene Aufzeichnungen würden Teil der anschließenden Einsatzbewertung. „Kritik an der Einsatzführung, unseren Einsatzkräften und deren Vorgehensweise nehmen wir immer ernst.“

Auf der Großdemonstration hatte es mehrere gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden verschiedener Lager und der Polizei gegeben. Entgegen den gerichtlich bestätigten Auflagen der Stadt versammelten sich Tausende in der Innenstadt und formierten

sich zu einem ebenfalls verbotenen Demonstrationszug. Die meisten hielten sich nicht an die Auflage, Mund- und Nasenschutz zu tragen.

Der Kasseler Oberbürgermeister Christian Geselle (SPD) reagierte mit Empörung auf die Ausschreitungen. „Es entsetzt mich, dass Infektionsschutz, demokratische Ausübung der Versammlungsfreiheit und auch menschlicher Anstand in großen Teilen schlicht nicht vorhanden waren“, erklärte er. Das empfinde er als „Schlag ins Gesicht derjenigen, die in der Pandemie Leid und Entbehrungen ertragen mussten“.

Die Stadt Kassel habe daher aus gutem Grund sämtliche Versammlungen von Anfang an verboten. Die „gewaltige Mobilisierungskraft der Teilnehmer“ und vor allem die nicht genehmigten Versammlungen in der Innenstadt hätten das Einsatzkonzept erheblich erschwert, sagte er. Angesichts der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Einsatzkräfte und möglicher Folgen weiterer Eskalation sei es daher richtig gewesen, im Verlauf des Tages auf eine Deeskalationsstrategie überzugehen. Aus seiner Sicht sei der Polizei vor Ort kein Vorwurf zu machen, zumal nach einem ersten Resümee keine Straftaten begangen, niemand schwerwiegend verletzt worden sei und es auch keine größeren Sachbeschädigungen gegeben habe. Gleichwohl müsse das Geschehen gründlich aufgearbeitet werden, forderte der Oberbürgermeister, und die Politik sich des Phänomens der „Querdenker“ annehmen.

Journalisten wurden angegangen und beschimpft

Immer wieder kam es bei dem Umzug zu Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten und an einer Polizeisperre auch zu massiven Prügeln und Schubsereien. Journalisten wurden angegangen und beschimpft. Die Polizei setzte nach eigenen Angaben Schlagstock und Pfefferspray ein. Einzelne Menschen wurden festgenommen.

Die Polizei berichtete von „mehreren Angriffen“ durch Demonstranten auf Einsatzkräfte. „Solche Angriffe tolerieren wir nicht. Friedlicher Protest sieht anders aus“, schrieb die Polizei auf Twitter. Ein Reporter der Nachrichtenagentur AFP berichtete vor Ort über Rangeleien zwischen Polizisten und Demonstranten. Beide Seiten seien aneinandergeraten, als Kundgebungsteilnehmer versucht hätten, eine Kette von Einsatzkräften zu durchbrechen, um zu anderen Demonstranten zu gelangen.